

Kreis Offenbach

Werner-Hilpert-Straße 1
63128 Dietzenbach



Kreis Offenbach

An die Mitglieder des Gremiums als Niederschrift,
allen anderen zur Kenntnisnahme.

Niederschrift

der 15. Sitzung des Gremiums

Kreistag

**am Mittwoch, 31.05.2023,
von 09:00 Uhr bis 11:40 Uhr**

Ort: Kreistagssitzungssaal, 63128 Dietzenbach, Werner-Hilpert-Straße 1

Anwesenheitsliste:

Stimmberechtigte Mitglieder

Volker Horn
Elisabeth Ball
Frank Berg
Claudia Bicherl
Max Breitenbach
Steffen Eyrich
Lothar Fella
Hubert Gerhards
Stephan Gieseler
Sabrina Grab-Achard
Ralph Hartung
Karin Holste-Flinspach
Clemens Jäger
Stefan Jaud
Dr. Thomas Kilz
Dr. Alexander Krey
Thomas Lortz
Michael Möser
Lars Neumann
Mona Reusch
Michael Rickert

Jörg Rotter
Stefan Schmitt
Christian Spahn
Ulrike Walter
Dr. Jan Werner
Kai Wißner
René Bacher
Christine Dammer
Martina Dröll
Margit Früchtl-Staab
Thomas Heilos
Cliff Hollmann
Anabelle Jäger
Werner Kremeier
Mahfooz Malik
Robert Müller
Maria Sator-Marx
Maria-Elisabeth Schefer
Ulrike Spiecker
Nina Streib
Karin Wagner
Lasse Westphal
Boris Wilfert
Jasmin Berger
Jutta Dahinten
Ingeborg Fischer
Walter Fontaine
Kai Gerfelder
Michael Gerheim
Andrea Gerlach
Jürgen Kaiser
Hidir Karademir
Werner Müller
Halil Öztas
Serpil Sarikaya
Anna Kristina Schönbach
Ute Seib
Manfred Tilsner
Dieter Zimmer
Dr. Daniell Bastian
Dr. Günter Gericke

Susann Guber
Uwe Klein
Tobias Kruger
Dagmar B. Nonn-Adams
Heinz-Georg Sehring
Martina Sertic
Claudia Trippel
Hubert Busch
Hans Joachim Förster
Carola Nowak
Holger Gros
Yvonne Hartwig
Hagen Oftring
Dr. Jürgen Ries
Jeannette Hallmann
Marco Warnt
Renate Wißler
Stephanie Birkle
Marlies Dassinger
Arno Groß

Mitglieder ohne Stimmberechtigung

Landrat Oliver Quilling
Erste Kreisbeigeordnete Claudia Jäger
Kreisbeigeordneter Carsten Müller
Karlheinz Habermann
Margrit Jansen
Jutta Kegelmann
Frank Lortz
Heiko Stenzel
Karin Stieff-Kuhn
Patricia Thoma

Gäste

Zahide Demiral

von der Verwaltung

Wigbert Appel

als Schriftführer

Entschuldigt:

Stimmberechtigte Mitglieder

Hildegard Ripper
Eliza Hagenah
Roger Winter
Michael Schüßler

Dr. Robert Rankl

Mitglieder ohne Stimmberechtigung

Sonja Arnold

René Rock

Katy Walther

Kreistagsvorsitzender Horn eröffnet die heutige Kreistagsitzung und begrüßt alle Anwesenden hier im Kreistagssitzungssaal in Dietzenbach.

Zu Beginn der Kreistagsitzung gedenken Kreistag und Kreisausschuss dem ehemaligen Kollegen und Ehrenkreistagsvorsitzenden Walter Faust, der im Alter von 91 Jahren am vergangenen Freitag verstorben ist.

Kreistagsvorsitzender Horn würdigt den Verstorbenen:

Walter Faust war von 1970 bis 1976 Mitglied im Kreistag des ehemaligen Kreises Dieburg. Nach der Gebietsreform gehörte er von 1977 bis 2006 dem Kreistag Offenbach nahezu 30 Jahre ununterbrochen an.

In der Sitzung des Kreistages am 28. April 1993 wurde Herr Faust zum Kreistagsvorsitzenden des Kreises Offenbach gewählt. Diese Funktion übte er bis zu seinem Ausscheiden im März 2006 aus.

In seiner Heimatgemeinde Urberach gehörte er von 1964 bis 1970 der Gemeindevertretung an und war dann von 1970 bis 1976 hauptamtlicher Bürgermeister der Gemeinde. Von 1977 bis 1982 war er zunächst hauptamtlicher Erster Beigeordneter, dann Erster Stadtrat der neugebildeten Stadt Rödermark, und von Juni 1982 bis Mai 1994 Bürgermeister von Rödermark.

Walter Faust hat sich in diesen Jahrzehnten mit aller Kraft in den verschiedensten Institutionen und Gremien zum Wohle der Bevölkerung in Urberach und Rödermark und auch der Kreisbevölkerung im Kreis Dieburg wie auch im Kreis Offenbach eingesetzt und mit großer Tatkraft und Erfahrung die Entwicklung unseres Kreises und die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie in Hessen mitgeprägt.

Er hat sich um den Kreis Offenbach und seine Bürgerinnen und Bürger verdient gemacht.

Der Kreistag hatte ihm deshalb in seiner Sitzung am 12. Juli 2006 einstimmig die Ehrenbezeichnung

„Ehrenkreistagsvorsitzender“

verliehen.

Mit Walter Faust haben wir eine allseits geschätzte und hochgeachtete Persönlichkeit verloren.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Kreistagsvorsitzender Horn stellt fest, dass Freude und Leid dicht beieinander liegen.

Kreistagsvorsitzender Horn teilt mit, dass seit der letzten Kreistagssitzung ein Kollege einen besonderen Geburtstag hatte.

Am 26. Mai konnte der Kollege Uwe Klein seinen 70. Geburtstag feiern.

Kreistagsvorsitzender Horn gratuliert Herrn Uwe Klein über die bereits erfolgten schriftlichen Glückwünsche nochmals im Namen des Kreistages zu diesem besonderen Geburtstag, wünscht ihm alles Gute, insbesondere Gesundheit, und überreicht ein kleines Präsent.

Kreistagsvorsitzender Horn stellt fest, dass per E-Mail vom 11. Mai 2023 zu dieser Kreistagssitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Darüber hinaus wurde allen, die es gewünscht haben, auch weiterhin die Einladung und die Unterlagen in schriftlicher Form per Post zugesandt.

Die Veröffentlichung der Einladung zur heutigen Sitzung erfolgte gemäß der Hauptsatzung in der Offenbach-Post vom 13. Mai 2023.

Kreistagsvorsitzender Horn stellt fest, dass Herr Jörg Sieling sein Kreistagsmandat zum 31. März 2023 aufgrund eines Umzuges aus dem Kreis Offenbach niedergelegt hat.

Er teilt mit, dass entsprechend dem Wahlvorschlag der SPD Frau Jutta Dahinten aus Rodgau in den Kreistag nachgerückt ist.

Frau Dahinten gehörte dem Kreistag bereits in der letzten Wahlperiode an.

Kreistagsvorsitzender Horn führt Frau Jutta Dahinten hiermit in Ihr Amt ein und wünscht eine gute Zusammenarbeit zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger des Kreises Offenbach.

Kreistagsvorsitzender Horn stellt fest, dass die Tagesordnung mit den Punkten 1 bis 19 vorliegt.

Kreistagsvorsitzender Horn teilt mit, dass zu Tagesordnungspunkt 5, „Eigenbetrieb Rettungsdienst“, Herr Landrat Quilling im Haupt- und Finanzausschuss unter Hinweis auf die Beratung im Ausschuss Soziales, Gesundheit und Arbeit eine Änderung der Beschlussvorlage vorgenommen hat.

Der Beschlusstext der Vorlage des Kreisausschusses bleibt unverändert, jedoch der Titel der als Anlage 1 beigefügten Satzung wird in „Rettungsdienstgebührensatzung des Kreises Offenbach“ geändert.

Kreistagsvorsitzender Horn weist darauf hin, dass als Tischvorlage zur heutigen Sitzung ein Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zu Tagesordnungspunkt 10 „Trinkbornschule Dependance Breidert Rödermark; Neubau einer 3-zügigen Grundschule mit Betreuungseinrichtung und Sporthalle; Vorentwurfsplanung und Kostenschätzung“, eine Vorlage des Kreisausschusses, ausliegt.

Weiterhin teilt Kreistagsvorsitzender Horn mit, dass der Tagesordnungspunkt 12 „Klimaneutralität im Kreis Offenbach bis 2045“, ein Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, im Umweltausschuss unter Hinweis auf den in der letzten Kreistagssitzung verteilten Bericht „Hessen aktiv: Die Klima-Kommunen - Aktionsplan des Kreises Offenbach“ zurückgezogen wurde.

Dieser Bericht wird auch in der nächsten Sitzung des Ausschusses Umwelt, Energie, Verkehr und Planung vorgestellt und erläutert.

Kreistagsvorsitzender Horn stellt fest, dass zu Tagesordnungspunkt 14 „Schnellstmöglicher Ausbau der A3 – Autobahnkreuz Offenbach bis Anschlussstelle Hanau“, ein Antrag der FDP Fraktion, im Haupt- und Finanzausschuss ein Änderungsantrag von den Fraktionen von CDU und SPD sowie ein Ergänzungsantrag von der FW Fraktion vorgelegt wurde.

Kreistagsvorsitzender Horn teilt mit, dass sich die Fraktionen von FDP und FW dem von den Fraktionen von CDU und SPD der eingebrachten Änderungsantrag beigetreten sind. Dieser ist nun ein gemeinsamer Antrag von CDU, SPD, FDP und FW und in der Drucksache III ausgedruckt

Der Ursprungsantrag der FDP-Fraktion und der Ergänzungsantrag der FW-Fraktion wurden zurückgezogen.

Kreistagsvorsitzender Horn teilt mit, dass zu Tagesordnungspunkt 17 „Satzung über die Teilnahme an der Kindertagespflege, die Erhebung von Kostenbeiträgen und die Gewährung einer laufenden Geldleistung im Kreis Offenbach“, eine Vorlage des Kreisausschusses, von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen ein Änderungsantrag eingebracht wurde und dieser in der Drucksache III ausgedruckt ist.

Des Weiteren teilt Kreistagsvorsitzender Horn mit, dass als *Tischvorlage zur heutigen Sitzung der Dringlichkeitsantrag „Untreuefall beim ERD – Prüfung zu Anpassungen bei der Organisation, den Arbeitsabläufen und dem Compliance Handbuch des Kreises“*, Drucksache Nr. 0837/2023, ein Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, ausliegt.

Abgeordneter Robert Müller begründet die Dringlichkeit.

Nach Gegenrede von Herrn Schmitt lässt Kreistagsvorsitzender Horn über die Aufnahme des Dringlichkeitsantrages der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen auf die heutige Tagesordnung abstimmen.

Der Kreistag lehnt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD, Teile der Fraktionen von FDP und FW sowie den Abgeordneten Dassinger und Groß, gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und eine Stimme der FW-Fraktion, die Dringlichkeit ab.

Kreistagsvorsitzender Horn stellt fest, dass damit die erforderliche 2/3-Mehrheit nicht erreicht ist und der Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die auf die Tagesordnung der nächsten Kreistagssitzung am 19. Juli 2023 genommen wird.

Kreistagsvorsitzender Horn stellt fest, dass es bisher keine Tagesordnungspunkte gibt, die auf die Tagesordnung II überstellt werden sollen. Dieser Tagesordnungspunkt kann daher entfallen.

Nach Rücksprache mit den Fraktionsvorsitzenden und auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses sollen die Tagesordnungspunkte 6, 7, 8, 11, 18 (in der erweiterten Fassung) und 19, das sind alles Wahlen und Benennungen jeweils ohne Aussprache abgestimmt werden.

Weiter teilt Kreistagsvorsitzender Horn mit, dass ebenfalls nach Rücksprache mit den Fraktionsvorsitzenden und auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses der Tagesordnungspunkt 16 „Satzungsänderung der AÖR“ ebenfalls ohne Aussprache abgestimmt werden soll.

Der Kreistag ist mit diesem Vorschlag einverstanden.

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

Kreistagsvorsitzender Horn stellt daher die Tagesordnung als genehmigt fest.

Kreistagsvorsitzender Horn gibt bekannt, dass gegen die Niederschrift über die Kreistagssitzung am 29. März 2023 bisher keine Einwände erhoben wurden und stellt diese damit als genehmigt fest.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

- TOP 1 Mitteilungen des Vorsitzenden
- TOP 2 Mitteilungen des Kreisausschusses
- TOP 3 Beantwortung von Anfragen
- TOP 4 Abstimmung über die Tagesordnung II
- TOP 5 Eigenbetrieb Rettungsdienst
 Änderung der Rettungsdienstgebührensatzung
 Vorlage: 0805/2023 Kreisausschuss
- TOP 6 Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes Langen-Seligenstadt
 Nachwahl der Stellvertreterin / des Stellvertreters des Kreises
 Vorlage: 0776/2023 Kreisausschuss
- TOP 7 Planungsversammlung für die Planungsregion Südhessen
 Nachwahl einer Stellvertreterin/eines Stellvertreters des Kreises Offenbach
 Vorlage: 0777/2023 Kreisausschuss
- TOP 8 Ganztagsbetreuung im Pakt (GiP) gGmbH
 Wahl einer Stellvertreterin/eines Stellvertreters der SPD-Kreistagsfraktion in den
 Beirat
 Vorlage: 0778/2023 Kreisausschuss
- TOP 9 Verfahren zur Transparenz bei der Übertragung von Haushaltsresten
 Vorlage: 0749/2023 FDP
- TOP 10 Trinkbornschule Dependance Breidert Rödermark
 Neubau einer 3-zügigen Grundschule mit Betreuungseinrichtung und Sporthalle
 Vorentwurfsplanung und Kostenschätzung
 Vorlage: 0797/2023 Kreisausschuss
- TOP 11 KOREAL GmbH
 Benennung einer Vertreterin/eines Vertreters der SPD-Kreistagsfraktion in den
 Beirat
 Vorlage: 0779/2023 Kreisausschuss
- TOP 12 Klimaneutralität im Kreis Offenbach bis 2045
 Vorlage: 0563/2022 Bündnis 90 / Die Grünen
- TOP 13 Zwischenbericht zum Hopper
 Vorlage: 0617/2022 FDP
- TOP 14 Schnellstmöglicher Ausbau der A3 – Autobahnkreuz Offenbach bis
 Anschlussstelle Hanau
 Vorlage: 0823/2023 FDP
- TOP 15 Preisdeckel für Schul-Mittagessen im Kreis Offenbach
 Vorlage: 0822/2023 Die Linke

- TOP 16 Satzungsänderung der Anstalt des öffentlichen Rechtes "Pro Arbeit – Kreis Offenbach- (AöR), Kommunales Jobcenter"
Vorlage: 0755/2023 Kreisausschuss
- TOP 17 Satzung über die Teilnahme an der Kindertagespflege, die Erhebung von Kostenbeiträgen und die Gewährung einer laufenden Geldleistung im Kreis Offenbach
Vorlage: 0742/2023 Kreisausschuss
- TOP 18 Wahl eines stellvertretenden beratenden Mitglieds des Kreisjugendhilfeausschusses
Vorlage: 0767/2023 Kreisausschuss
- TOP 19 Wahl eines stimmberechtigten stellvertretenden Mitglieds des Kreisjugendhilfeausschusses
Vorlage: 0806/2023 Kreisausschuss

Protokoll:

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Mitteilungen des Vorsitzenden

Kreistagsvorsitzender Horn gibt folgende Mitteilung:

Terminplan 2024

Nachdem vom Land Hessen nun die Herbst- und Weihnachtsferien 2024 festgelegt wurden, hat sich das Präsidium in seiner letzten Sitzung den Terminplan 2024 für die Kreistagssitzungen beschlossen.

Auch die Sitzungstermine der Fachausschüsse wurden festgelegt.

Bezüglich der Fachausschüsse, die montags und dienstags tagen, wurde angeregt, eventuell eine andere Verteilung der Fachausschusssitzungen vorzunehmen.

Denkbar wäre es, dass ein Fachausschuss, der bisher montags tagte, ab 2024 mit einem Fachausschuss, der bisher dienstags tagte, die Sitzungstage wechselt.

Der Terminplan 2024 liegt auf den Tischen aus.

TOP 2 Mitteilungen des Kreisausschusses

Kreistagsvorsitzender Horn stellt fest, dass die nachfolgenden Mitteilungen des Kreisausschusses entsprechend der Absprache im Präsidium bereits in schriftlicher Form zur heutigen Sitzung als Tischvorlage verteilt wurden:

Kreditschulden der Schutzschirmkommunen

Die WIBank hat uns – in Abstimmung mit dem Hessischen Ministerium der Finanzen und dem Hessischen Ministerium des Innern und für Sport – darüber informiert, dass ab dem 15. Februar 2023 von den in 2012 abgelösten Kreditschulden der Schutzschirmkommunen nach Ablauf der ersten zehnjährigen Zinsbindung eine Prolongation und Zinsanpassung durchgeführt wird. In dem Zeitraum von fast vier Jahren – vom 15.02.2023 bis zum 15.12.2026 – werden die monatlichen Ablösungstranchen planmäßig um weitere 10 Jahre prolongiert.

Die Zinsen für die abgelösten Schulden werden den Kommunen nach dem Schutzschirmgesetz und den vertraglichen Vereinbarungen durch die WIBank in Rechnung gestellt. Das Land gewährt den Kommunen dazu eine Zinsdiensthilfe in Höhe von bis zu zwei Prozentpunkten – hälftig aus dem Landeshaushalt und aus dem Landesausgleichsstock – und übernimmt die fälligen Tilgungsleistungen. Ab dem 16. Jahr der Gesamtlaufzeit der Schutzschirmdarlehen, also nunmehr ab dem 6. Jahr der anstehenden Prolongation, reduziert sich die Zinsdiensthilfe auf bis zu eineinhalb Prozentpunkte durch die gesetzlich vorgesehene Absenkung der Zinsdiensthilfe aus dem Landesausgleichsstock.

Aufgrund des aktuellen Zinsumfelds ist damit zu rechnen, dass die Refinanzierungszinsen über den gesetzlich vorgesehenen Zinsdiensthilfen liegen werden. Dies dürfte in der Mehrheit der Fälle dazu führen, dass die Schutzschirmkommunen zum ersten Mal Zinsen für ihre Entschuldung im Rahmen des Kommunalen Schutzschirms zahlen müssen.

Daher weisen das Hessische Ministerium für Finanzen und das Hessische Ministerium des Innern und für Sport bereits jetzt darauf hin, dass die Schutzschirmkommunen die ab dem 15. Februar 2023 neu festgelegten Zinssätze bei ihren Haushaltsplanungen der Jahre 2024 ff. zu berücksichtigen haben. Die konkrete Höhe der Zinsen ergibt sich aus den jeweiligen Mitteilungen der WIBank an die Schutzschirmkommunen.

Unabhängig vom geänderten Zinsumfeld profitieren die Schutzschirmkommunen weiterhin von dem Schutzschirmprogramm, denn das Land hat bereits ein Drittel der ehemaligen kommunalen Schulden getilgt, was die verbliebene Zinsbelastung ebenso senkt wie die gewährten Zinsdiensthilfen. Ohne die Hilfen des Landes wären die Schuldenstände unverändert und die steigenden Zinssätze würden vollständig auf die kommunalen Haushalte durchschlagen.

Gemäß Schreiben vom 27. März 2023 der WIBank, ist für die Prolongation eines Darlehens gemäß Ablösungs- und Zinsvereinbarung vom 07.03.2013 zum 18.04.2023 ein Zinssatz von 3,09% festgesetzt worden. Zinsdiensthilfen vom Land kommen in Höhe von 1% und nochmal 1% über die Zinsdiensthilfe LAsT. Dies bis 15.04.2028. Danach nur noch 1,5% Zinsdiensthilfen bis zum Ende der Zinsbindung 19.04.2033. Effektiv beträgt die Zinsbelastung für dieses Darlehen 1,09% bzw. 1,59%.

In diesem Jahr stehen noch weitere 4 Darlehen zur Prolongation an.

Neuaufnahme eines Kommunalkredites über 10.000.000 Euro zur Finanzierung der Investitionen im Haushaltsjahr 2022

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 02.05.2023 die Neuaufnahme eines Kommunalkredites beschlossen und das Angebot der Commerzbank AG, Frankfurt, Main für die Aufnahme eines Kommunalkredites in Höhe von 10.000.000 Euro zur Finanzierung des noch erforderlichen Finanzierungsbedarfs für Investitionen angenommen.

Neuaufnahme eines Kommunalkredites über 5.000.000 Euro zur Finanzierung der Investitionen im Haushaltsjahr 2022

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 15.05.2023 die Neuaufnahme eines Kommunalkredites beschlossen und das Angebot der Taunus-Sparkasse für die Aufnahme eines Kommunalkredites in Höhe von 5.000.000 Euro zur Finanzierung des noch erforderlichen Finanzierungsbedarfs für Investitionen angenommen.

Umschuldung eines besicherten Darlehens

In der Sitzung des Kreisausschusses vom 02. Mai 2023 wurde die Entscheidung zur Umschuldung eines Darlehens in Höhe von € 3.196.157,03 auf den Kreisbeigeordneten Carsten Müller übertragen, da die Entscheidung kurzfristig zwischen zwei KA-Sitzungsterminen getroffen werden musste. Hintergrund war, dass

die Bank ein Kündigungsrecht auf den zugehörigen Swap hat mit Erklärungstag 08. Mai 2023. Die Bank hat den Swap nicht gekündigt. Somit wurde eine Refinanzierung wie in der Vorlage in Form eines Roll-Over-Darlehens ausgeschrieben, um die Konnexität zwischen Darlehen und Swap bei zu behalten. Die Refinanzierung wurde am 10.05.2023 über die Sparkasse Langen-Seligenstadt mit einem variablen Zinssatz 6-Monats-Euribor + einen Aufschlag von 0,55%-Punkte abgeschlossen.

Umschuldung eines besicherten Aktivtermingeldes

In der Sitzung des Kreisausschusses vom 17.04.2023 wurde ein Roll-Over-Darlehen in Höhe von € 5.586.100 umgeschuldet. Der Zuschlag fiel auf die Sparkasse Langen-Seligenstadt mit einem Zinssatz von 6-Monats-Euribor + einen Aufschlag von 0,55%-Punkte.

Umschuldung eines besicherten Aktivtermingeldes

In der Sitzung des Kreisausschusses vom 15.05.2023 wurden zwei Roll-Over-Darlehen in Höhe von € 7.930.790 sowie von € 12.547.500 umgeschuldet. Der Zuschlag fiel auf die Sparkasse Langen-Seligenstadt mit einem Zinssatz von 6-Monats-Euribor + einen Aufschlag von 0,55%-Punkte.

Übernahme von Rechtsanwalts- und Gerichtskosten

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 17.04.2023 beschlossen, dass der Kreis Offenbach die der CSA-Fraktion im Kreistag für das Verfahren 3 L 170/22.DA sowie das anschließende Beschwerdeverfahren 5 B 1679/22 entstandenen notwendigen und angemessenen Gerichts- und Rechtsanwaltskosten, soweit diese zeitnah geltend gemacht werden, trägt.

Hinweis auf Veröffentlichungen

Am Eingang liegen weitere Berichte, Broschüren und Einladungen zur Mitnahme bereit.

Das Informationsangebot beinhaltet insbesondere:

- Programm Kultursommer Südhessen 2023
- Kultur erleben – Junger Kultursommer 2022 im Kreis Offenbach
- Der Newsletter # 4 der Ehrenamts- und Vereinsförderung des Kreises Offenbach
- Reha- und Seniorensport Wegweiser
- Inklusiver Sport- und Freizeitwegweiser für Kinder, Jugendliche & Erwachsene
- Flyer zum Europafest 2023 des Kreises Offenbach der Stadt Obertshausen
- Informationsflyer zur Kultur-, Sport- und Ehrenamtsförderung
- Jahresbericht 2022 der Patientenfürsprecherin und des Patientenfürsprechers für die Asklepios Klinik Seligenstadt GmbH

TOP 3 Beantwortung von Anfragen

Kreistagsvorsitzender Horn stellt fest, dass die eingereichten parlamentarischen Anfragen und die Antworten des Kreisausschusses für die heutige Kreistagssitzung den Fraktionen entsprechend der Vereinbarung im Präsidium bereits vor der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses in elektronischer Form zugestellt wurden.

Die Anfragen Nr. 093 bis 097 und die dazugehörigen Antworten des Kreisausschusses liegen heute auch nochmals in gedruckter Form im Foyer aus.

Ebenso liegt die Beantwortung der Anfrage Nr. 090 (Zwischennachricht in der letzten Kreistagssitzung) in gedruckter Form im Foyer aus.

Zu Beantwortung der Anfrage Nr. 093, Frage 4, wünscht Abgeordnete Wagener von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zusätzliche Informationen und Erläuterungen.

Frau Erste Kreisbeigeordnete Jäger beantwortet die Nachfrage, und gibt weitere Informationen zum Ablauf der Bearbeitung sowie zur Personalentwicklung in diesem Bereich.

Abgeordneter Klein von der FDP Fraktion stellt zur Anfrage Nr. 095 folgende Nachfragen:

Nachfrage 1:

Hat der Kreisausschuss bei seiner Antwort zu Frage 1, die Wirtschaftsprüfer hätten die Organisation des Rechnungswesens im Eigenbetrieb als angemessen eingestuft, berücksichtigt, dass die Wirtschaftsprüfer von der Betriebsleitung nicht darauf hingewiesen worden sind und mangels Dokumentation auch nicht sehen konnten, dass es keine Trennung zwischen Buchführung und Zahlungsverkehr gibt?

Nachfrage 2:

Verstehen wir Ihre Antwort zu den Fragen 3 und 4 richtig, dass der Kreisausschuss keinen Handlungsbedarf sieht, eine Trennung von Buchführung und Zahlungsverkehr in seinen internen Vorgaben zwingend vorzuschreiben, obwohl § 5 Abs. 2 der Gemeindegeldverordnung insoweit nur eine Sollvorschrift enthält und die Veruntreuung von 1,1 Mio. € gerade mangels dieser Trennung über mehr als 10 Jahre ermöglicht wurde, ohne entdeckt zu werden?

Landrat Quilling sagt eine schriftliche Beantwortung der beiden Nachfragen zu.

TOP 4 Abstimmung über die Tagesordnung II

Kreistagsvorsitzender Horn stellt fest, dass zu Beginn der Kreistagssitzung keine Tagesordnungspunkte auf die Tagesordnung II überstellt wurden.

**TOP 5 Eigenbetrieb Rettungsdienst
Änderung der Rettungsdienstgebührensatzung
Vorlage: 0805/2023 Kreisausschuss**

Die Vorlage des Kreisausschusses lautet wie folgt:

Die Rettungsdienstgebührensatzung des Kreises Offenbach wird gemäß Anlage 1 mit Wirkung zum 01.07.2023 neugefasst.

Landrat Quilling erläutert die Vorlage des Kreisausschusses und teilt unter Hinweis auf die Beratung im Ausschuss Soziales, Gesundheit und Arbeit mit, dass der Beschlusstext der Vorlage des Kreisausschusses unverändert bleibt, jedoch der Titel der als Anlage 1 beigefügten Satzung in „Rettungsdienstgebührensatzung des Kreises Offenbach“ geändert wird.

Der Kreistag beschließt einstimmig die Vorlage des Kreisausschusses und die im Titel geänderte Anlage 1.

Die beschlossene Änderung der „Rettungsdienstgebührensatzung des Kreises Offenbach“ ist als Anlage dieser Niederschrift beigefügt und Bestandteil dieser Niederschrift.

**TOP 6 Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes Langen-Seligenstadt
Nachwahl der Stellvertreterin / des Stellvertreters des Kreises
Vorlage: 0776/2023 Kreisausschuss**

Die Vorlage des Kreisausschusses lautet wie folgt:

Der Kreistag möge

1 Stellvertreter/in

für den Vertreter des Kreises in die Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes Langen-Seligenstadt, Herrn Clemens Jäger,

nachwählen.

Der Kreistag beschließt einstimmig die Vorlage des Kreisausschusses und wählt Frau Jutta Dahinten als Stellvertreterin für Herrn Clemens Jäger in die Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes Langen-Seligenstadt.

**TOP 7 Planungsversammlung für die Planungsregion Südhessen
Nachwahl einer Stellvertreterin/eines Stellvertreters des Kreises Offenbach
Vorlage: 0777/2023 Kreisausschuss**

Die Vorlage des Kreisausschusses lautet wie folgt:

Der Kreistag möge

1 Stellvertreter/in

für Herrn Kai Gerfelder in die Regionalversammlung für die Planungsregion
Südhessen

nachwählen.

Der Kreistag beschließt einstimmig die Vorlage des Kreisausschusses und wählt Frau
Jutta Dahinten als Stellvertreterin für Herrn Kai Gerfelder in die
Regionalversammlung für die Planungsregion Südhessen.

**TOP 8 Ganztagsbetreuung im Pakt (GiP) gGmbH
Wahl einer Stellvertreterin/eines Stellvertreters der SPD-Kreistagsfraktion in
den Beirat
Vorlage: 0778/2023 Kreisausschuss**

Die Vorlage des Kreisausschusses lautet wie folgt:

Der Kreistag möge

1 Stellvertreter/in

für den Vertreter der SPD-Kreistagsfraktion, Herrn Jürgen Kaiser, in den Beirat der
Ganztagsbetreuung im Pakt (GIP) gGmbH

nachwählen.

Der Kreistag beschließt einstimmig die Vorlage des Kreisausschusses und wählt Frau
Jutta Dahinten als Stellvertreterin für den Vertreter der SPD-Kreistagsfraktion, Herrn
Jürgen Kaiser, in den Beirat der Ganztagsbetreuung im Pakt (GIP) gGmbH.

**TOP 9 Verfahren zur Transparenz bei der Übertragung von Haushaltsresten
Vorlage: 0749/2023 FDP**

Der Antrag der FDP-Fraktion lautet wie folgt:

Der Kreisausschuss des Kreises Offenbach wird beauftragt, künftig jährlich spätestens bis zum 15. April des Folgejahres - erstmals im Jahr 2024 für das Jahr 2023 - den Kreistag über die in das Folgejahr übertragenen Haushaltsmittel schriftlich zu informieren.

In Ergänzung zu den zusammengefassten unterjährigen Angaben in den Berichten des Kreisausschusses zur Haushaltskonsolidierung und zum Controlling ist jeweils die nach Buchungsschluss zwischen Verwaltung und Kämmerer abgestimmte Gesamtliste zur Übertragung von Haushaltsmitteln aus dem Vorjahr (sog. Haushaltsreste) in das laufende Haushaltsjahr – getrennt nach nicht investiven und investiven Haushaltsmitteln - einschließlich der Höhe der nicht ausgeschöpften Kreditermächtigungen dem Kreistag zur Kenntnis zu geben.

Der Kreistag lehnt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, Bündnis 90 / Die Grünen, SPD sowie den Stimmen der Abgeordneten Groß und Dassinger, gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und FW, bei Stimmenthaltung der Fraktionen von AfD und Die Linke, den Antrag der FDP-Fraktion ab.

**TOP 10 Trinkbornschule Dependance Breidert Rödermark
Neubau einer 3-zügigen Grundschule mit Betreuungseinrichtung und
Sporthalle
Vorentwurfsplanung und Kostenschätzung
Vorlage: 0797/2023 Kreisausschuss**

Die Vorlage des Kreisausschusses lautet wie folgt:

Der vorliegenden Vorentwurfsplanung und Kostenschätzung des Architekturbüros Dierks Blume Nasedy Architekten BDA, Darmstadt, zum Neubau der Trinkbornschule Dependance Breidert Ausbau zur 3-zügigen Grundschule mit Betreuungseinrichtung und Sporthalle in Rödermark wird zugestimmt.

Die geschätzten Gesamtprojektkosten für den Schulneubau mit Betreuungseinrichtung und einer 1-Feld-Sporthalle betragen voraussichtlich 30,5 Mio. €.

Der Kostenanteil des Kreises beträgt rund 26.013.125 €. Die Stadt Rödermark trägt einen Kostenanteil von rund 22,2 % der Gesamtmaßnahme für die Betreuungseinrichtung, bestehend aus Betreuungsräumen, Mensa einschl. Küche und Nebenräumen sowie einem Verwaltungstrakt. Auf der Grundlage der 1/3- 2/3-Finanzierung trägt die Stadt Rödermark rund 4.521.702 Mio. €. Einzelheiten werden in einem noch abzuschließenden Gestattungsvertrag mit der Stadt Rödermark geregelt.

Die Stadt Rödermark hat mitgeteilt, dass die entsprechenden Gremienbeschlüsse parallel zu den Beschlüssen der Kreisgremien eingeholt werden.

Die Mittel des Kreisanteils sind im Haushaltsplan auf der Haushaltsstelle 40.01.01/2071.84285310 veranschlagt. Zusätzlich benötigte Mittel werden im Finanzplan 2024 ff. im Haushalt angemeldet.

Der prognostizierte Kostenanteil der Stadt Rödermark wird auf der Haushaltstelle 40.01.01/3004.82081210 (Sonderposten aus Zuweisung v. Gemeinden) vereinnahmt.

Die Ausgaben für die mobile Ausstattung in Höhe von ca. 530.000 € werden über Mittel auf der Haushaltsstelle 65.02.01.60630020 (Ergebnishaushalt rund 70 %) und 65.02.01/6500.84383210 (Investitionshaushalt rund 30 %) im Haushaltjahr 2025 ff veranschlagt. Die Kosten der mobilen Ausstattung ist in den Gesamtkosten enthalten.

Abgeordneter Kreemeier stellt für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen folgenden Ergänzungsantrag:

Nach dem ersten Absatz des Ursprungsantrags wird eingefügt:

Es wird sichergestellt, dass der Heizungsbetrieb für Räume und Warmwasserversorgung CO₂-neutral erfolgt.

Erste Kreisbeigeordnete Jäger weist darauf hin, dass die Beantwortung der offenen Fragen aus der Beratung in den Fachausschüssen den Fraktionen am 30. Mai 2023 per Mail zugesandt wurde.

Kreistagsvorsitzender Horn lässt zunächst über den Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen abstimmen.

Der Kreistag lehnt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, AfD und FW sowie den Stimmen der Abgeordneten Dassinger und Groß, gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke, den Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen ab.

Der Kreistag beschließt sodann mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, AfD, FW und Die Linke sowie den Stimmen der Abgeordneten Dassinger und Groß, gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, die Vorlage des Kreisausschusses.

Beirat
Vorlage: 0779/2023 Kreisausschuss

Die Vorlage des Kreisausschusses lautet wie folgt:

Der Kreistag möge

1 Vertreter/in

der SPD-Fraktion in den Beirat der KOREAL GmbH

nachbenennen.

Der Kreistag beschließt einstimmig die Vorlage des Kreisausschusses und benennt Frau Jutta Dahinten als Vertreter der SPD-Fraktion in den Beirat der KOREAL GmbH.

TOP 12 **Klimaneutralität im Kreis Offenbach bis 2045**
Vorlage: 0563/2022 Bündnis 90 / Die Grünen

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen lautet wie folgt:

In Übereinstimmung mit den Klimazielen des Landes und des Bundes sowie zur Bekräftigung der Ambitionen des Kreises Offenbach (siehe Charta „Klima-Kommunen“) fasst der Kreistag den Beschluss, bis spätestens 2045 Klimaneutralität zu erreichen.

Zur Zielerreichung wird der Kreisausschuss beauftragt, innerhalb eines Jahres einen Klima-Aktionsplan zu erstellen, der Zwischenziele (bspw. Erzeugung von 40% der Stromenergie an Schulen aus eigenen/fremd betriebenen Anlagen bis 2030) mit erforderlichen Maßnahmen enthält, deren Umsetzung den Kreis Offenbach bis 2045 zur Klimaneutralität führen wird.

Der Aktionsplan soll die jährlichen Kosten und den Personalbedarf für die Planung sowie die Umsetzung der dafür notwendigen Maßnahmen sektorenübergreifend abschätzen.

Ein Monitoring der Umsetzungsstrategie zur Klimaneutralität ist nach Vollendung des Klima-Aktionsplans zu etablieren. Zur Ermöglichung des Monitorings ist eine Eröffnungsbilanz zu erstellen. Der Landrat wird in der Folge mindestens jährlich im Kreistag über den Stand der Umsetzung berichten.

Kreistagsvorsitzender Horn stellt fest, dass der Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Fachausschuss unter Hinweis auf den in der letzten Kreistagssitzung verteilten Bericht „Hessen aktiv: Die Klima-Kommunen - Aktionsplan des Kreises

Offenbach“, der auch in der nächsten Sitzung des Ausschusses Umwelt, Energie, Verkehr und Planung vorgestellt und erläutert wird, zurückgezogen wurde.

**TOP 13 Zwischenbericht zum Hopper
Vorlage: 0617/2022 FDP**

Der Antrag der FDP-Fraktion lautet wie folgt:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, dem Kreistag einen Zwischenbericht der kvGOF zu den bisherigen Erfahrungen und Ergebnissen mit dem in den Kreiskommunen versuchsweise eingeführten Hopper vorzulegen. Dabei sollen die seit Beginn des Probebetriebes im Jahr 2019 bis heute ermittelten bzw. aufgezeichneten Nutzungsdaten und Informationen des Fahrbetriebs vorgestellt, erläutert und analysiert werden. Dazu gehört insbesondere eine ausgearbeitete Vorstellung betriebswirtschaftlicher Kennzahlen wie z.B. der durchschnittlichen Anzahl von Nutzern, der durchschnittlichen Streckenlänge, der durchschnittlichen Wartezeit je Nutzer sowie der durchschnittlichen Erlöse und Kosten – jeweils pro Fahrt.

In dem Zwischenbericht soll darüber hinaus dazu Stellung genommen werden, ob und inwieweit die in der Beschlussvorlage des Kreisausschusses vom 07.06.2021 (Drucksachen-Nr. 86/2021) aufgeführten Ziele im bisherigen Pilotzeitraum erreicht werden konnten. Abweichungen sollen dargestellt und insoweit eine Prognose für die verbleibende Zeit des Probebetriebs sowie, soweit möglich, den sich daran gegebenenfalls anschließenden Regelbetrieb abgegeben werden. Der Zwischenbericht soll zu Beginn des kommenden Jahres dem Kreistag vorgelegt werden.

Kreistagsvorsitzender Horn weist darauf hin, dass Frau Erste Kreisbeigeordnete im Fachausschuss einen Bericht über den aktuellen Sachstand gegeben und zugesagt hat, den Zwischenbericht zum Hopper nach der Sitzung des Aufsichtsrates der Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach GmbH (kvGOF) am 1. Juni 2023 an die Fraktionen weiterzuleiten. Entsprechend der Absprache im Fachausschuss wird dieser Bericht in der nächsten Sitzung des Ausschusses Umwelt, Energie, Verkehr und Planung am 10. Juli 2023 vorgestellt und erläutert.

Kreistagsvorsitzender Horn stellt fest, dass aufgrund der Beratung im Ausschuss Umwelt, Energie, Verkehr und Planung, die FDP-Fraktion ihren Antrag bis zur nächsten Kreistagssitzung am 19. Juli 2023 zurückgestellt hat.

TOP 14 Schnellstmöglicher Ausbau der A3 – Autobahnkreuz Offenbach bis Anschlussstelle Hanau
Vorlage: 0823/2023 FDP

Der Ursprungsantrag der FDP-Fraktion lautet wie folgt:

Der Kreisausschuss des Kreises Offenbach wird beauftragt, sich im Sinne des überfraktionellen sowie mehrheitlichen Beschlusses des Kreistages Offenbach vom 28.09.2016: „Schnellstmöglicher Ausbau der A3“ (Drucksachen-Nr.: 0127/2016) bei der Hessischen Landesregierung für die schnellstmögliche Realisierung (Vordringlicher Bedarf – Engpassbeseitigung; Projektnummer: A3-G30-HE-T08-HE) des Ausbaus der A3 vom Autobahnkreuz Offenbach bis zur Anschlussstelle Hanau einzusetzen.

Der Kreisausschuss wird überdies beauftragt, im zuständigen Fachausschuss regelmäßig über den Sachstand hinsichtlich dieses Themenkomplexes zu berichten

Abgeordneter Clemens Jäger hat im Haupt- und Finanzausschuss für die Fraktionen von CDU und SPD folgenden Änderungsantrag gestellt:

Der Kreistag des Kreises Offenbach begrüßt, dass sich das Land Hessen für das im Bundes-verkehrswegeplan 2030 mit der Einstufung in die höchste Kategorie VB-E (vordringlicher Bedarf – Engpassbeseitigung) vorgesehene Ausbauprojekt „AS Hanau bis AK Offenbach“ (Projektossier A3-G30-HE-T08-He) im beschleunigten Verfahren entschieden hat und erwartet eine zügige Umsetzung des Projektes mit geeigneten Lärmschutzmaßnahmen nach dem neusten Stand der Technik.

Der Kreistag des Kreises Offenbach bekräftigt darüber hinaus seinen Beschluss vom 28.09.2016, dass die gleichzeitige Aufnahme des Weiteren Streckenabschnittes bis zur Anschlussstelle Frankfurt-Süd einschließlich des Ausbaus sämtlicher Anschlussstellen in die höchste Kategorie VB-E erfolgen muss und auch hier Lärmschutzmaßnahmen nach dem neuesten Stand der Technik vorzusehen sind.

Der Kreisausschuss des Kreises Offenbach wird beauftragt, diesen Beschluss des Kreistages dem Bundesministerium für Digitales und Verkehr, der Autobahn GmbH des Bundes und dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen zu übermitteln. Der Kreisausschuss wird überdies gebeten, die Antworten mitzuteilen und im zuständigen Fachausschuss über neue Sachstände zu berichten.

Abgeordneter Oftring hat im Haupt- und Finanzausschuss für die FW-Fraktion folgenden Ergänzungsantrag zum Antrag der FDP-Fraktion gestellt:

Die Drucksache 0823/2023 – Schnellstmöglicher Ausbau der A3 wird um folgenden Punkt ergänzt bzw. erweitert:

Der Kreisausschuss des Kreises Offenbach wird beauftragt, sich im Sinne des überfraktionellen sowie mehrheitlichen Beschlusses des Kreistages Offenbach vom 28.08.2016: „Schnellstmöglicher Ausbau der A3“ bei der Hessischen Landesregierung **und beim Bundesverkehrsministerium** für die schnellstmögliche Realisierung (Vordringlicher Bedarf – Engpassbeseitigung; Projektnummer: A3-G30-

HE-T08_HE) des Ausbaus der A3 vom Autobahnkreuz Offenbach bis zur Anschlussstelle Hanau einzusetzen.

Kreistagsvorsitzender Horn teilt mit, dass die Fraktionen von FDP und FW sich dem Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD angeschlossen haben und die nun ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und FW ist.

Kreistagsvorsitzender Horn stellt fest, dass dieser gemeinsame Antrag sowohl den Ursprungsantrag der FDP-Fraktion, als auch den Ergänzungsantrag der FW-Fraktion und den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD ersetzt.

Der Kreistag beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, AfD und FW sowie den Stimmen der Abgeordneten Dassinger und Groß, gegen die Stimmen der Fraktionen von Bündnis 90 / Die Grünen und Die Linke, den gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und FW.

Der Beschluss des Kreistages lautet somit wie folgt:

Der Kreistag des Kreises Offenbach begrüßt, dass sich das Land Hessen für das im Bundesverkehrswegeplan 2030 mit der Einstufung in die höchste Kategorie VB-E (vordringlicher Bedarf – Engpassbeseitigung) vorgesehene Ausbauprojekt „AS Hanau bis AK Offenbach“ (Projektossier A3-G30-HE-T08-He) im beschleunigten Verfahren entschieden hat und erwartet eine zügige Umsetzung des Projektes mit geeigneten Lärmschutzmaßnahmen nach dem neusten Stand der Technik.

Der Kreistag des Kreises Offenbach bekräftigt darüber hinaus seinen Beschluss vom 28.09.2016, dass die gleichzeitige Aufnahme des Weiteren Streckenabschnittes bis zur Anschlussstelle Frankfurt-Süd einschließlich des Ausbaus sämtlicher Anschlussstellen in die höchste Kategorie VB-E erfolgen muss und auch hier Lärmschutzmaßnahmen nach dem neuesten Stand der Technik vorzusehen sind.

Der Kreisausschuss des Kreises Offenbach wird beauftragt, diesen Beschluss des Kreistages dem Bundesministerium für Digitales und Verkehr, der Autobahn GmbH des Bundes und dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen zu übermitteln. Der Kreisausschuss wird überdies gebeten, die Antworten mitzuteilen und im zuständigen Fachausschuss über neue Sachstände zu berichten.

**TOP 15 Preisdeckel für Schul-Mittagessen im Kreis Offenbach
Vorlage: 0822/2023 Die Linke**

Der Antrag der Fraktion Die Linke lautet wie folgt:

Der Kreistag beschließt eine Deckelung des Preises für Schul-Mittagessen auf maximal 4,00€ im Normaltarif für die kommenden zwei Jahre. Für Fälle, in denen der Preis im Normaltarif oberhalb dieses Deckels liegt oder zukünftig liegen wird, ist seitens des Kreisausschusses, bzw. des zuständigen Fachdienstes, der Differenzbetrag aus Mitteln des Kreishaushalts beim Caterer auszugleichen, sodass das Essen im Normaltarif vor Ort für maximal 4,00€ angeboten werden kann.

Anpassungen an der Deckelung sollen alle zwei Jahre vorgenommen werden, also erstmals ab dem Jahr 2025. Sie sind an der Veränderung der verfügbaren Haushaltseinkommen mittlerer und unterer Einkommensschichten auszurichten, sowie vom Kreistag zu bestätigen.

Der Kreistag lehnt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP AfD und FW sowie den Stimmen der Abgeordneten Groß und Dassinger, gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke, bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, den Antrag der Fraktion Die Linke ab.

**TOP 16 Satzungsänderung der Anstalt des öffentlichen Rechtes "Pro Arbeit – Kreis Offenbach- (AöR), Kommunales Jobcenter"
Vorlage: 0755/2023 Kreisausschuss**

Die Vorlage des Kreisausschusses lautet wie folgt:

Der zweiten Änderung der Satzung der Anstalt des öffentlichen Rechtes „Pro Arbeit-Kreis Offenbach – (AöR), Kommunales Jobcenter“ gemäß Anlage wird zugestimmt.

Der Kreistag beschließt einstimmig die Vorlage des Kreisausschusses.

Die beschlossene Änderung der „Satzung für die Anstalt des öffentlichen Rechtes „Pro Arbeit-Kreis Offenbach – (AöR), Kommunales Jobcenter““ ist als Anlage dieser Niederschrift beigefügt und Bestandteil dieser Niederschrift.

**TOP 17 Satzung über die Teilnahme an der Kindertagespflege, die Erhebung von Kostenbeiträgen und die Gewährung einer laufenden Geldleistung im Kreis Offenbach
Vorlage: 0742/2023 Kreisausschuss**

Die Vorlage des Kreisausschusses lautet wie folgt:

Die vorliegende Satzung mit den Änderungen zu den Themen Inklusion, Vertretungsregelungen und einer höheren laufenden Geldleistung an die Kindertagespflegepersonen wird beschlossen. Sie tritt zum 01.09.2023 in Kraft.

Abgeordneter Robert Müller hat im Haupt- und Finanzausschuss für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen folgenden Ergänzungsantrag gestellt:

Die Satzung wird in §5 (Erhöhte und verminderte Geldleistungen) im Abs. 1 wie folgt (kursiv geschrieben) ergänzt:

(1) Für die Betreuung eines Kindes mit Behinderung oder drohender Behinderung in Kindertagespflege, -das eine erhöhte Förderung und einen dadurch bedingten Mehraufwand erforderlich macht- erhält die Kindertagespflegeperson folgende Vergütung:

- 2,0-fache Förderpauschale
- 2,0-fache Pauschale für die Vor- und Nachbereitung unter der Voraussetzung, dass maximal 4 gleichzeitig anwesende Kinder betreut werden.

Ist eine Platzreduzierung von fünf auf vier nicht möglich, wird ausschließlich eine 1,5- fache Pauschale für Vor- und Nachbereitung und für die Förderpauschale gewährt. *Der erhöhte Förderbedarf und der damit verbundene Mehraufwand in der Betreuung des Kindes müssen durch eine fachärztliche Stellungnahme, durch die Fachberatung Kindertagespflege des Kreises Offenbach oder auf Antrag der Kindertagespflegeperson festgestellt werden. Ein entsprechender Antrag auf erhöhte Förderung ist innerhalb einer Frist von 3 Monaten von der Fachberatung Kindertagespflege des Kreises Offenbach begründet abzulehnen, ansonsten gilt dieser fiktiv als erteilt.* Näheres regelt die Leitlinie Inklusion des Fachbereichs Kindertagespflege des Landkreises Offenbach. Die Gewährung der Förderung setzt neben der Eignung der Kindertagespflegeperson deren Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen voraus.

Kreistagsvorsitzender Horn lässt zunächst über den Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen abstimmen.

Der Kreistag lehnt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP AfD und FW sowie den Stimmen der Abgeordneten Dassinger und Groß, gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke, den Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen ab.

Der Kreistag beschließt sodann einstimmig die Vorlage des Kreisausschusses.

Die beschlossene Änderung der „Satzung über die Teilnahme an der Kindertagespflege, die Erhebung von Kostenbeiträgen und die Gewährung einer laufenden Geldleistung im Kreis Offenbach“ ist als Anlage dieser Niederschrift beigefügt und Bestandteil dieser Niederschrift.

**TOP 18 Wahl eines stellvertretenden beratenden Mitglieds des
Kreisjugendhilfeausschusses
Vorlage: 0767/2023 Kreisausschuss**

Kreistagsvorsitzender Horn teilt mit, dass die Kreisausschuss-Vorlage um zwei weitere Wahlen ergänzt wurde.

Die geänderte Vorlage des Kreisausschusses lautet wie folgt:

1.

Als beratendes Mitglied gemäß § 4 II Nr. 7 der Satzung des Jugendamts des Kreises Offenbach wird

als Stellvertreter

Herr Jan Henninger
(Polizeipräsidium Südosthessen)

gewählt.

2.

Als beratendes Mitglied gemäß § 4 II Nr. 13 der Satzung des Jugendamts des Kreises Offenbach wird

als Vertreterin

Frau Kim Schön
(SHZ Wildhof)

gewählt.

Der Kreistag beschließt einstimmig die ergänzte Vorlage des Kreisausschusses.

**TOP 19 Wahl eines stimmberechtigten stellvertretenden Mitglieds des
Kreisjugendhilfeausschusses
Vorlage: 0806/2023 Kreisausschuss**

Die Vorlage des Kreisausschusses lautet wie folgt:

Als stimmberechtigtes stellvertretendes Mitglied gemäß § 4 I Nr. 4 (Träger der freien Wohlfahrtspflege) der Satzung des Jugendamtes des Kreises Offenbach wird

Frau Ana Waldow
(Arbeiterwohlfahrt)

als Stellvertreterin gewählt.

Der Kreistag beschließt einstimmig die Vorlage des Kreisausschusses.

Volker Horn
Vorsitzender

Wigbert Appel
Schriftführer